

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

38 (29.9.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 38

Mannheim, 29. September 1948

Preis 15 Pfg.

Sowjetunion zur Verständigung bereit

Für vernünftige Lösung der Berliner Frage — Moskauer Richtlinien gute Verhandlungsgrundlage

(EB) Die Erklärung der Sowjetunion zur Lage in Berlin hat Klarheit geschaffen, heißt es in einem Kommentar des SED-Pressedienstes. In den Moskauer Verhandlungen sei die Grundlage für eine Verständigung über Berlin gefunden worden. Wie nicht anders zu erwarten, strebte die Sowjetunion, die nach wie vor verhandlungsbereit ist, eine vernünftige Lösung der Berliner Frage an.

Es hat sich aber ergeben, daß die Westmächte die Meinungsverschiedenheiten, die unter den vier Oberbefehlshabern bestehen und bei der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen entstanden sind, zum Anlaß nehmen, die Verständigung zu hintertreiben. Man hätte sich in Moskau grundsätzlich darüber geeinigt, die Beschränkungen zwischen Berlin und den Westzonen, sowie die Beschränkungen des Güterverkehrs nach und aus der Ostzone aufzuheben. Man war sich auch einig, daß die deutsche Mark der Ostzone als einzige Währung für Berlin einzuführen sei. Nun aber machen die Westmächte Schwierigkeiten gegen eine vom sowjetischen Oberkommando verlangte Kontrolle der Luftbrücke. Diese Forderung ist jedoch eine logische Folge des Übereinkommens, eine entsprechende Kontrolle über den Geldumlauf in Berlin und den Handel zwischen Berlin und den Westzonen zu errichten.

Wenn die Westmächte nun beabsichtigen, die Berliner Frage vor den Sicherheitsrat der UN zu bringen, so bedeutet dies, daß sie ihre Berliner Spaltungspolitik weiter betreiben wollen.

Paris und London wenig begeistert

(Rdfk.) Der Entschluß der Außenminister der drei Westmächte, die Berliner Frage dem Sicherheitsrat der UN zu unterbreiten, sei, nach Rundfunkmeldungen, zwar in gemeinsamem Einverständnis gefaßt worden, doch hätten sich, wie amerikanische Rundfunkkommentare hervorheben, die Regierungen in Paris und London über den Schritt weniger begeistert gezeigt als Außenminister Marshall. Offizielle Kreise in Washington lehnten bisher jeden Kommentar mit dem Hinweis

Togliatti: Der Krieg ist zu vermeiden

Einer Meldung aus Rom zufolge erklärte der Generalsekretär der KP Italiens, Togliatti, in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KP, er sei fest davon überzeugt, daß ein Krieg zu vermeiden ist. Die kapitalistischen Kräfte mühen sich zwar, die Welt von ihrer Stärke zu überzeugen und nachzuweisen, daß die Kommunisten die Kriegskarte spielen, doch verstärkte sich die Stellung der Friedensfront, an deren Spitze die SU stehe, ständig.

Lohnerhöhung in der bayer. Metallindustrie

Nürnberg. (dpd.) Der Streik in der bayerischen Metallindustrie, für den sich bereits über 90 Prozent der Belegschaften ausgesprochen hatten, wurde nach Mitteilung des bayerischen Gewerkschaftsbundes in letzter Minute abgewendet. Die bayerische Metallarbeiter-Gewerkschaft und die Unternehmer der Metallindustrie nahmen einen Schiedsspruch einer Vermittlungskommission an, der eine Erhöhung des Stundenlohnes von 0,90 DM auf 1,06 DM und eine 15prozentige Gehaltsaufbesserung der Angestellten vorsieht.

Nächste Woche
8 Seiten

darauf ab, daß alle Entscheidungen z. Z. in Paris getroffen werden.

Eine Stimme wird fehlen

Paris. (AP) Bei einer Verhandlung der Berliner Frage vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hält die Sowjetunion „die Asse in der Hand“. In Kapitel sechs der UN-Charta wird die friedliche Lösung einer Streitigkeit behandelt.

Nach Artikel 27 können die beteiligten Parteien bei der Verhandlung eines Streitfalles unter Kapitel sechs nicht mitstimmen. Das würde bedeuten, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Rußland als betei-

ligte Parteien ihre Stimme nicht abgeben dürfen. Damit würden nur noch sieben der elf Mitglieder des Sicherheitsrates stimmberechtigt sein. Artikel 27 fordert aber, daß jede Entscheidung des Sicherheitsrates von sieben Stimmen gebilligt werde.

Die Sowjetunion, eines der restlichen sieben Mitglieder, wird im Falle Berlin mit aller Gewißheit für die Sowjetunion stimmen. Selbst wenn die übrigen sechs Mitglieder — Kanada, Belgien, Argentinien, Kolumbien, China und Syrien — sich auf seiten der Westmächte stellen, würde diesen noch ein Stimme an der erforderlichen Majorität fehlen.

Sowjetunion fordert allgemeine Abrüstung

Verminderung der Streitkräfte und Verbot der Atomwaffen

(dpd) Den Höhepunkt der Samstagssitzung der UNO-Vollversammlung bildete die Rede des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Wyschinski. Er legte eine Entschließung vor, nach der die Vollversammlung erstens den USA, Großbritannien, der Sowjetunion, Frankreich und China empfehlen soll, im Laufe eines Jahres als ersten Schritt der allgemeinen Abrüstung die Stärke ihrer gesamten Streitkräfte um ein Drittel zu reduzieren. Zweitens soll die Herstellung von Atomwaffen für Angriffszwecke gänzlich verboten werden. Drittens soll ein internationales Kontrollorgan im Rahmen des Sicherheitsrates geschaffen werden, das die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und das Verbot der Atomwaffen überwachen soll.

Wyschinski wandte sich in seiner Rede vor allem gegen die Anstifter eines neuen Krieges, wobei er u. a. den USA-Verteidigungsminister Forrestal und den Heeresminister Royall mit Namen erwähnte. Weiter wandte er

sich gegen die in Brüssel geschlossene Westunion, die in direktem Widerspruch zu der Aufgabe stünde, Frieden und Sicherheit der Völker zu stärken.

Als Beweis für die Kriegspläne des Westens nannte Wyschinski: 1. die gemeinsamen britisch-amerikanischen Flottenmanöver im Atlantik, 2. die gemeinsamen britisch-amerikanischen Luftmanöver über Großbritannien und 3. Zeitungs- und Zeitschriftenartikel in den westlichen Ländern, die verschiedene Pläne für Angriffe auf die Sowjetunion im Tone wahnwitziger Kriegshetzer erörterten.

Zur Außenpolitik der Sowjetunion bemerkte Wyschinski, seine Regierung strebe nach der Zusammenarbeit zwischen allen Nationen, die zu friedlicher Zusammenarbeit bereit seien. Die Sowjetunion kämpfe für die Verwirklichung demokratischer Grundsätze und für die Erhaltung des Friedens.

Wyschinski erzielte lebhaften Beifall, als er in seiner Rede die Abrüstungsvorschläge bekanntgab.

Schluß mit der Frankfurter Mißwirtschaft

Gegen die neuen Wucherpreise — Für Freigabe der Festkonten

Gegen die neuen drohenden Preiserhöhungen nahm der Parteivorstand der KPD und die Fraktion der KPD im Wirtschaftsrat Stellung:

Der Frankfurter Verwaltungsrat unter Führung von Dr. Pünder, Dr. Erhard und Schlange-Schönungen bereitet neue Angriffe auf die Interessen und Lebenshaltung des werktätigen Volkes vor.

Nachdem unter Vorsitz des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Lüdemann der Länderrat Bizonesiens in seiner Sitzung am 21. Juni 1948 mit Hilfe der sozialdemokratischen Mitglieder des Länderrates Senatspräsident Kaiser, Ministerpräsident Dr. Christian Stock, Ministerpräsident Wilhelm Kopf, Justizminister Katz, Wirtschaftsminister Veit und andere der großkapitalistischen Wirtschaftspolitik und Preispolitik Dr. Erhards zustimmte, wurde dem Preiswucher Tür und Tor geöffnet.

Die Löhne werden niedrig gehalten und die Preise in die Höhe geschraubt. Die Erhöhung der Lebensmittelpreise kommt nicht den Bauern zugute, sondern den Währungsgewinnern, Großindustriellen, Großgrundbesitzern und Großhändlern.

Auf die Schultern der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten, der Gewerbetreibenden und Bauern sollen die Folgen der Katastrophopolitik Westdeutschlands abgewälzt werden. Schon heute sind die Preise der Lebenshaltungskosten unerschwinglich, aber dennoch will der bizonale Verwaltungsrat die Preise für Fleisch um 26—38 % steigern, für Brot

bis zu 9 Pfg. das Kilo, für Gas bis zu 6 Pfg. pro cbm und für Strom bis zu 3 Pfg. pro kWh-Std. Auch die Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse sollen bedeutend gesteigert werden.

In den nächsten Tagen tagt der Wirtschaftsrat!

Werden sich in diesem Wirtschaftsrat wieder Abgeordnete finden, die diese Maßnahmen zur Schädigung arbeitender Menschen zustimmen?

Werden es die acht sozialdemokratischen Vertreter im Länderrat wiederum wagen, den Preiswucher zu unterstützen?

Die KPD lehnt mit aller Entschiedenheit diese Preis- und Wirtschaftspolitik ab. Sie fordert alle Arbeiter, Angestellten, Bauern und Gewerbetreibenden auf, gegen sie Front zu machen.

Schluß mit der Preiswucherpolitik! Sofortige Erhöhung der Löhne und Gehälter der Angestellten, unteren und mittleren Beamten!

Weg mit Dr. Pünder, Dr. Erhard und Schlange-Schönungen!

Weg mit dem System der Frankfurter Mißwirtschaft!

Gleichzeitig wendet sich der Parteivorstand der KPD mit aller Entschiedenheit gegen die Sperrung der 5 % Festkonten. Diese Sperrung steht im Widerspruch zu allen Versprechungen und stellt einen Bruch gesetzlicher Bestimmungen dar.

Wir fordern: Einhaltung des Gesetzes und sofortige Auszahlung der Festkonten.

Frentze Heinis tägliches
großes Geschäft
(Fünf Minuten wird gesprochen)



Solcher hehren Tätigkeit
Kann er nicht entbehren;



Dieses aber geht zu weit,
Das wollen wir ihm wehren!

Wer sind die Friedensförderer?

(W.G.) Die Agentur Tass hat die sowjetische Antwort auf die Note der drei Westmächte zur Berliner Frage veröffentlicht. In Paris erklärten daraufhin die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs diese Antwort für unbefriedigend und beschlossen, die ganze Angelegenheit vor den Weltfriedensrat zu bringen. Damit sind die Moskauer Verhandlungen ohne positives Ergebnis für die friedliebenden Menschen aller Länder verlaufen, ein Resultat, auf das die Presse des internationalen Monopolkapitals mit ihrer von offener Hetze nicht zu unterscheidenden Begleitmusik zu den Beratungen seit langem vorbereitet hatte.

Worum ging es eigentlich bei den Verhandlungen? Warum sind sie gescheitert? Zur Beantwortung dieser Fragen genügt es, sich die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit noch einmal vor Augen zu halten. Die sogenannte „Blockade“ Berlins war ein Ergebnis der westmächtlichen Versuche, mit Hilfe von CDU, LDP und SPD die verhängnisvolle amerikanische Deutschmark in der Reichshauptstadt einzuführen. Mit diesem Manöver sollte damals die in schnellem Wiederaufbau befindliche Wirtschaft der Ostzone entscheidend gestört werden, ein Ziel, dem auch die massiven Abtransporte von industriellen Einrichtungen aus den Westsektoren Berlins dienten. Der Einführung einer neuen gesamtdeutschen Währung hatten sich die Amerikaner widersetzt, ebenso der bei einer Währungspaltung logisch unvermeidlichen Einführung der Deutschen Mark der Ostzone in Berlin. Der Schutz der Werktätigen in der Ostzone und dem sowjetischen Sektor der Reichshauptstadt vor der durch die Westmark hervorgerufenen Kaufkraftzerstörung zwang daher die sowjetische Besatzungsmacht zu Sicherungsmaßnahmen. Dabei stand von vornherein fest, daß diese Maßnahmen aufgehoben werden würden, sobald die Westmächte einer für die deutschen Werktätigen der Ostzone befriedigenden Lösung zustimmen würden.

Unter diesen Vorzeichen begannen die Moskauer Verhandlungen. Der offenbare Bankrott der Berliner Westmark veranlaßte die Diplomaten der Westmächte, der Einführung der Deutschen Mark der Ostzone in Berlin unter Viermächtekontrolle zuzustimmen. Auch eine Viererkontrolle des Handels zwischen Berlin und den Westzonen wurde im Prinzip zugestanden. Die vier Oberbefehlshaber in Deutschland sollten die konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Übereinkommen beraten und beschließen.

Nun ergaben die Beratungen der Oberbefehlshaber, daß die Vertreter der Westmächte die vorgesehene Schaffung einer Vierer-Finanzkommission für die in Berlin umlaufende Deutsche Mark der Ostzone dazu be-

Badische
Landesbibliothek

Der Länder-Kuhhandel

Von Robert Leibbrand, M. d. L.

nutzen wollten, Einfluß auf die Deutsche Notenbank und damit auf die gesamten Währungsverhältnisse der Ostzone zu gewinnen. Es ist nur logisch, wenn die Sowjetunion in der von der „Tass“ verbreiteten Antwortnote diesen Versuch eindeutig ablehnte; denn die Deutsche Mark der Ostzone muß vor den Folgen der Politik Erhard-Pfänder-Marshallplan bewahrt bleiben. Andererseits lehnten es die Westmächtevertreter in den Berliner Besprechungen ab, den Luftverkehr, der gegenwärtig unter der Kontrolle der Westmächte steht, auch der sowjetischen Aufsicht zu unterwerfen. Würde sich die Sowjetunion mit dieser Ablehnung abfinden, so wäre die systematische Abräumung der Westsektoren-Industrie durch die Unternehmer der Bizone fortgesetzt und damit Berlins werktätige Bevölkerung ihrer Existenzmöglichkeiten immer stärker beraubt worden, sowie ein Loch in die Stabilität der Deutschen Mark der Ostzone gerissen. Daher mußte die Sowjetregierung in der Tass-Note auch auf die Viermächtekontrolle des Güter- und Personenverkehrs auf dem Luftwege beharren.

Was beweist nun die Tatsache, daß die Westmächte die Antwort der UdSSR für unbefriedigend erklärten und die Berliner Frage vor den Sicherheitsrat bringen wollten? Diese Tatsache kann im Grunde nur eines besagen: der Versuch, die Friedensliebe der Sowjetvölker zur Ueberrumpfung der UdSSR auszunützen — wie das die Drahtzieher im Büro der amerikanischen Schröderbank, die Herren Foster, Dulles und Co., geplant hatten — ist mißlungen. Darum folgt nun die Auswertung der kriegstreiberischen Parolen der Berliner Verbrecher vom Platz der Republik, der Reuter, Neumann, Suhr und Friedensburg. Die internationalen Monopolkapitalisten wollen die Sowjetunion als Unruhestifter nach dem Motto „Haltet den Dieb!“ anklagen lassen und dazu den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen benutzen. Im Hintergrund sehen sie schon eine Wiederholung des Ausschlusses der UdSSR aus dem Völkerbund aufzuheben — die „Badische Zeitung“ schrieb es unlängst offen — der 1940 das Schicksal der Genfer Liga endgültig besiegelte. Nicht genug an der Spaltung Deutschlands, wollen sie jetzt an die Spaltung der Welt gehen, um durch die Flucht in die Kriegspsychose dem wirtschaftlichen Zusammenbruch im eigenen Lande — vor dem u. a. Präsident Truman vor wenigen Tagen den Kongreß warnte — zu entgehen. Nicht zufällig folgt die Ablehnung der Moskauer Antwort unmittelbar auf die Abrüstungsvorschläge Wyschinskis.

Aber die Flucht nach vorn kann niemanden täuschen. Die Spalter Deutschlands sind auch diejenigen, die heute die UN zu einem Machtinstrument gegen die Volksdemokratien Osteuropas und gegen die Sowjetunion machen möchten. Der Kampf der Völker um den Frieden wird nicht von den Millionen friedliebender Menschen entschieden, die wissen, daß es nicht die Sowjetunion ist, die den Frieden stört.

((Aus: „Unser Tag“))

Die Ministerpräsidenten von Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern haben wieder einmal eine Konferenz über den Zusammenschluß der drei Länder abgehalten. Und wieder einmal wird uns berichtet, daß sie beinahe einig geworden seien, und zwar diesmal über das Abstimmungsverfahren. Wenn bei einer Volksabstimmung in jedem der früheren Länder Württemberg und Baden die Mehrheit der Abstimmenden sich für die Vereinigung erklärt, dann soll von den drei Landtagen eine Verfassunggebende Versammlung gewählt werden. Die Verfassung und das Wahlgesetz für den künftigen Südweststaat, die diese Versammlung ausarbeitet, soll dann einer neuen Volksabstimmung unterbreitet werden.

Soweit wurden die Ministerpräsidenten auf der Konferenz in Bühl einig, nicht einigen konnten sie sich darüber, was geschehen solle, wenn bei der Volksabstimmung die Vereinigung der drei Länder abgelehnt wird. Südbaden will dann darüber abstimmen, ob die früheren Länder Baden und Württemberg getrennt wieder hergestellt werden sollen, während Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern auch über die Vereinigung dieser beiden Länder abstimmen wollen, wonach dann Südbaden allein bleiben würde. Ehe die Ministerpräsidenten nun den Militärgouverneuren diese entgegengesetzten Vorschläge unterbreiten, wollen sie auf einer neuen Konferenz nochmals eine Einigung versuchen. In der Zwischenzeit geht der Kuhhandel hinter den Kulissen weiter. Natürlich ist dabei nicht das Abstimmungsverfahren das entscheidende, sondern die Verteilung

der Posten und Machtpositionen in dem zukünftigen Staat.

Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß sich die CDU ihre Zustimmung zu der Vereinigung mit weitgehenden Sonderrechten für die Ministerialbürokratie der bisherigen Ländchen bezahlen lassen will. Daß dabei statt einer einfachen und sparsamen Verwaltung ein komplizierter, teurer und reaktionärer Staatsapparat herauskommt, das zeigt der Staatsvertrag, den ein Zehnerausschuß der Regierungsparteien — natürlich unter Ausschuß der Kommunisten — in langwierigen Verhandlungen ausgearbeitet hat. Selbst Ministerpräsident Dr. Maier mußte erklären, daß die in dem Staatsvertrag vorgesehenen vier Landesbezirke mit den dazugehörigen Landesdirektoren eine teure Angelegenheit seien, die im heftigsten Widerspruch zu den beabsichtigten Sparmaßnahmen stünden. Der Generalsekretär der DVP schrieb, „daß die vier Landespräsidenten die Tradition von Karlsruhe in vierfacher Auflage fortsetzen könnten, zu komplizieren, zu verteuern und zu konservieren, was an borniertem Kantönlegeist noch wach ist“. Und der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Knorr schrieb: „In diesem Südweststaat ist nur die Rede von vier selbständigen Landesbezirken, deren Präsidenten ohne parlamentarische Verantwortung Mitglieder der Landesregierung sind. Die landsmannschaftliche Trennung ist in allen Zweigen der Verwaltung Trumpf... fürwahr, die Vereinigung soll auf diesem Weg mit so viel Resentiment kleinstaatlicher Dezentralisierung erkauf werden, daß man sich fragen muß, wozu ein Landtag und

eine Landesregierung überhaupt gewählt werden sollen.“

Wir unsererseits aber müssen angesichts dieser durchaus richtigen Kritik fragen, warum denn die Vertreter der DVP und SPD im Zehnerausschuß diesem Staatsvertrag zugestimmt haben und warum im südbadischen Landtag SPD und DVP die Annahme dieses Staatsvertrags gefordert haben? Dort war es wiederum die CDU-Mehrheit, die den Staatsvertrag ablehnte, weil ihr die Zugeständnisse noch nicht weit genug gehen und sie noch größere partikularistische Extrawürste heraushandeln will.

So ist schließlich der Staatsvertrag von allen Seiten fallen gelassen worden. Ministerpräsident Dr. Maier erklärte, es sei unzulässig, daß die Regierungschefs zufällig entstandener Staatsgebilde den Beschlüssen der Volksvertretung vorgehen, über den verfassungsmäßigen Aufbau des künftigen Landes könne nur der verfassunggebende Landtag entscheiden. Leider ist diese — auch reichlich verspätete — Erkenntnis demokratischer Selbstverständlichkeiten nur eine Spiegelfechterei. Denn darin sind sich alle Ministerpräsidenten und Regierungsparteien einig, daß sie keine demokratische Selbstbestimmung der Bevölkerung über den künftigen südwestdeutschen Staat wollen. Die Abgeordneten der Verfassunggebenden Versammlung sollen nicht in direkter Wahl durch das Volk gewählt, sondern von den bestehenden Landtagen delegiert werden, durch das gleiche undemokratische Verfahren, wie man schon den Wirtschaftsrat in Frankfurt und jetzt den Parlamentarischen Rat in Bonn zusammengewählt hat. Der Vorschlag der Ministerpräsidenten schreibt noch nicht einmal vor, daß die Delegation wenigstens nach dem politischen Kräfteverhältnis in den Landtagen erfolgen soll, aber davon ganz abgesehen, entsprechen diese Landtage ja gar nicht mehr dem politischen Willen der Bevölkerung. Die Mehrzahl der Neubürger hatte bei den Wahlen zum Württembergisch-Badischen Landtag noch kein Wahlrecht. Zehntausende von Kriegsgefangenen sind seither zurückgekehrt, zwei Jahrgänge der jungen Generation haben inzwischen das wahlfähige Alter erreicht, so daß rund ein Fünftel aller heute Stimmberechtigten bei der letzten Wahl vor zwei Jahren seine Stimme noch nicht abgeben konnte. Aber auch von den damaligen Wählern würden viele nach den seither gemachten Erfahrungen heute anders stimmen. Soll also schon eine Vereinigung der drei Länder erfolgen, dann muß eine direkte Volkswahl zu dem verfassunggebenden Landtag stattfinden, wenn die Verfassung des neuen Landes tatsächlich dem Willen seiner Bevölkerung entsprechen soll.

Aber die Parteien der Regierungskoalition, die sich in Worten immer als die einzig wahren Hüter der Demokratie aufspielen, treten in Wirklichkeit das demokratische Mitbestimmungsrecht des Volkes mit Füßen. Ihnen geht es nur um den Koalitionsschacher über Ministerposten und Vorrechte. Noch vor der Volksabstimmung wollen die Ministerpräsidenten Empfehlungen an die Verfassunggebende Landesversammlung über die künftige Verfassung vorlegen. Der Staatsvertrag, den man eben fallen gelassen hat, taucht damit unter einem andern Namen wieder auf. Man begnügt sich nicht damit, daß die Abgeordneten des verfassunggebenden Landtags durch die indirekte Wahl schon doppelt und dreifach gesiebt werden, sie sollen noch bevor sie gewählt sind, schon durch interne Koalitionsabmachungen in ihren künftigen Entscheidungen festgelegt sein. Das gegenseitige Mißtrauen unter den Koalitionspartnern ist so groß, daß keiner sein Jawort zur Vereinigung geben will, ehe er nicht den Kaufpreis auf Heller und Pfennig in der Tasche hat. Hinter den Kulissen wird auch schon über ein Wahlgesetz verhandelt, durch das die Regierungsparteien ihre Monopolstellung sichern und jede unbequeme Opposition ausschalten und mundtot machen wollen.

So wird immer deutlicher, daß der Einheitswille des Volkes für partikularistische und reaktionäre Ziele mißbraucht werden soll. Es bedarf der größten Wachsamkeit der werktätigen Bevölkerung, um diese Machenschaften zu vereiteln.

Neue Massensteuern in Sicht

Der Frankfurter Wirtschaftsrat plant neue Massensteuern einzuführen. Diese bereits im Entwurf fertiggestellten Steuergesetze sehen eine Einwohnersteuer, Energiesteuer und Mietzins- oder Wohnraumsteuer vor.

Kopfsteuer!

Nach dem Vorbild der in den Krisen Jahren 1930-1932 von der Brüning'schen Notverordnungspolitik geschaffenen Bürgersteuer soll nun in ähnlicher Weise von den Gemeinden eine Personalsteuer erhoben werden, ungedacht der Tatsache, daß die Bürgersteuer vom Jahre 1930 später von der Hitler-Regierung in die Lohn- und Einkommensteuer einbezogen wurde und also praktisch jeder Einwohner auch heute noch Kopfsteuer zahlt. Es ist klar, daß von dieser neuen „Negersteuer“ in erster Linie die minderbemittelte Bevölkerung betroffen wird.

Energiesteuer!

Die in Aussicht genommene Energiesteuer sieht eine besondere Steuer auf den Verbrauch von Gas, Wasser, Elektrizität sowie auf die Benützung von Straßenbahnen und Omnibussen vor. Die Bevölkerung soll zwangsläufig zur Sparsamkeit erzogen werden. Ist das nicht ein Hohn auf die Notlage der kleinen Leute?

Hauszinssteuer!

Zu der vorgesehenen Mietzins- oder Wohnraumsteuer liegen zwei Entwürfe vor. Entweder Berechnung nach dem Mietzins oder nach der Quadratmeterfläche des Wohnraums. Die Mieten würden sich um zirka 10 Prozent erhöhen und der Masse des Volkes, den Arbeitern und Angestellten, würde jede Hoffnung genommen, seine Wohnraumverhältnisse jemals bessern zu können.

Vom Frankfurter Wirtschaftsrat wird mit diesen Maßnahmen die Politik der Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der breiten Massen des Volkes weiter fortgesetzt. Die fortlaufenden Preiserhöhungen für Gegenstände des täglichen Lebens, dazu die neuangekündigten Massensteuern, drücken das Niveau der Gesamtlebenshaltung der Bevölkerung unter ein erträgliches Maß.

Diese Maßnahmen bedeuten einen brutalen Eingriff der von der CDU getragenen Frankfurter Wirtschaftsverwaltung in die einfachsten Lebensbedingungen des schaffenden Volkes.

Die Bevölkerung muß sich gegen diese unsoziale Steuerpolitik wenden und auf das entschiedenste ablehnen. Schluß mit der Geldmacherei auf Kosten des Geldbeutels des kleinen Mannes.

Der Kampf um die Führung in der SPD

Vier Gruppen ringen um die Macht — Wird marxistische Richtung siegen?

(E.B.) Nach dem Abschluß des Düsseldorf Parteitages der SPD beständigen Teilnehmerkreise, daß die seit langem zu beobachtende Führungskrise innerhalb der SPD mit der Wiederwahl Dr. Schumachers keineswegs abgeschlossen ist. Es sei lediglich einer geschickten Regie zu verdanken, daß in Düsseldorf der Streit der verschiedenen um die Parteiführung ringenden Gruppen getarnt wurde, weil unter allen Umständen verschleiert werden sollte, daß zu der allgemeinen Krise der SPD-Politik auch noch eine akute Führungskrise hinzugekommen sei.

Allgemein wird festgestellt, daß die Sozialdemokratie unter ihrer jetzigen Führung zu einer Partei geworden ist, die allein die Interessen des Besitzbürgertums vertritt. Es wird als symptomatisch angesehen, daß rund 80% der 366 Delegierten zum Düsseldorf Parteitag festangestellte Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre waren; ganze 11 Teilnehmer waren Arbeiter.

Insgesamt werden vier Gruppen, die um die Führung innerhalb der SPD ringen, genannt. Die erste Gruppe bildet der Kreis um Erich Ollenhauer, des 2. Vorsitzenden, und Fritz Heine. Zum Kreis Ollenhauer und Heine gehören Fritz Henßler, Karl Meitmann, Emil Groß, Ernst Gnoß. Sie verfechten eine Politik, die darauf abzielt, die Deutschland-Konzeption der britischen Labour-Party zu verwirklichen.

Eine zweite Gruppe hat sich um den Führer der württembergisch-hohenzollerischen SPD, Prof. Dr. Carlo Schmid, gebildet, der nach französischem Vorbild eine sogenannte dritte Kraft aus dem nichtmarxistischen Flügel der SPD und den christlichen Gewerkschaftskreisen bilden will. Man verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Ende August in Tübingen geführten Gespräche um die Bildung einer neuen Partei, die unter dem Namen „Deutsche Union“ Ende Oktober in Koblenz gegründet werden soll und die schon jetzt als offizielle Ver-

tretung der „dritten Kraft“ angesprochen wird. Für diese Parteineugründung haben sich Schmid und Reuter sehr stark interessiert.

Auch die aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Emigranten verstärken ihre Bemühungen, die Führung der SPD in die Hand zu bekommen. Das vorläufige Ziel dieser Gruppe ist die Uebertragung der amerikanischen Verhältnisse auf Westdeutschland.

Als ernst zu nehmende Gruppe wird auch der Kreis derjenigen Sozialdemokraten bezeichnet, die in grundsätzlicher Opposition zum Kurs der augenblicklichen Führung stehen. Exponent dieser Opposition ist der frühere Ernährungsminister von Schleswig-Holstein, Arp, der in Düsseldorf mit der scharfen Forderung auftrat, daß die SPD wieder eine marxistische Partei werden müsse, deren wichtigste Aufgabe es sei, sich von jeglicher reaktionären Gruppe der bürgerlichen Mitte zu trennen.

KPD Uns gehört die Zukunft



KPD-Stadträte gegen Gas- und Strompreiserhöhung

Stadtrat erhöht die Gas- und Strompreise — Weitere Erhöhungen angekündigt

Der 23. September war ein schwarzer Tag für Mannheims werktätige Bevölkerung. Im Stadtrat wurden neue Belastungen für die Einwohner Mannheims beschlossen.

Der Gaspreis beträgt in Zukunft 19 Pfennig (bisher 16 Pfennig) pro Kubikmeter für die Haushalte. Der Strompreis wird von 40 auf 42 Pfennig für die Kleinstverbraucher erhöht. Für Haushaltungen mit Sondertarif wird für jeden Raum die Gebühr erhöht. Für den ersten Raum z. B. 30 Pfennig.

Diese Erhöhungen werden aber nur für ganz kurze Zeit Gültigkeit haben. Bürgermeister Trumpfhelder, der mit vielen Zahlen die Notwendigkeit der Preiserhöhung zu begründen suchte, kündigte an, daß in kurzer Zeit weitere Erhöhungen der Gas- und Strompreise erfolgen müßten.

Die Vorlage der Stadtverwaltung stieß auf den schärfsten Widerstand

der kommunistischen Fraktion, die sich als einzige gegen diese neue Belastung der werktätigen Massen stemmte.

Stadtrat Genosse Locherer kennzeichnete an Hand von Zahlenmaterial den unsozialen Charakter der Vorlage. Stadtrat Genosse Weber beleuchtete das Kapitel der Preiserhöhungen von der grundsätzlichen Seite. Es kann keine weitere Belastung der Bevölkerung verantwortet werden. Durch diese Gebührenerhöhungen trägt die Stadt selbst dazu bei, die Preisschraube zu drehen. Die Preiserhöhungen sind die Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Genosse Weber brachte zum Ausdruck, daß diejenigen Parteien und Kräfte, die durch ihre Politik in Westdeutschland die Preisschraube in Bewegung gesetzt haben, auch die Verantwortung für diese Gebühren-

erhöhung übernehmen müssen. Wir Kommunisten können nicht B sagen, wo wir nicht A gesagt haben. Warum hat man nicht auf unseren Ruf, in Westdeutschland die Grundindustrie, die Kohlen- und Stahlindustrie zu verstaatlichen, gehört. Es ist nicht unsere Pflicht, wirtschaftliche Maßnahmen zu sanktionieren und zu decken, die grundfalsch sind.

Die Vorlage der Stadtverwaltung wurde mit den Stimmen aller Parteien gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion gebilligt.

Eine lebhaft diskutierte entfaltete sich auch bei dem Punkt Festsetzung verschiedener Gebühren wie z. B. Zusatzgebühren für Benzin- und Tankholzscheine. Gen. Stadtrat Weber beanstandete, daß diese Gebühren bereits erhoben werden, ohne daß ein Stadtratbeschuß vorgelegen hat. Dies sei eine Herabwürdigung der Rolle des Stadtrates zu „Ja“-Sagern. Sachlich wandte Gen. Weber dagegen ein, daß die Gebühren für Benzin- und Tankholzscheine den Charakter einer Sondersteuer hätten, die sich unbedingt preisverteuernd auf die Waren auswirken müßten. Stadtrat Billinger von der SPD und Stadtrat Kuhn von der CDU machten verschiedene Bedenken gegen die vorgesehene Gebühren geltend; bei der Abstimmung jedoch stimmten alle Fraktionen mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion der Vorlage der Stadtverwaltung zu.

Um der allergrößten Wohnungsnot zu steuern, regte die kommunistische Fraktion an, daß man an die Militärregierung herantreten solle, um wenigstens eine Kaserne für Wohnungen frei zu bekommen. Ein entsprechender Antrag von Stadtrat Genosse Elmuth begründet, wurde einstimmig angenommen.

Die Stadt Mannheim wird auch in diesem Jahr 25 000 Zentner Winterkartoffeln einlagern. 25 000 Zentner ist die Menge, die Mannheim in einer Woche verbraucht. Die Lage der minderbemittelten Bevölkerung ist so, daß viele Haushalte kein Geld haben werden, um sich mit Kartoffeln einzudecken. Dazu kommt, daß viele Haushaltungen nicht über die notwendigen Kellerräume verfügen. Wir bezweifeln, ob die 25 000 Zentner ausreichen werden, all diese Haushaltungen zu beliefern, wenn im Winter infolge Frost die Zufuhr von Kartoffeln stockt. Es blieb dem Herrn Stadtrat Kuhn, dem Fraktionsführer der CDU vorbehalten, trotz alledem gegen diese Vorlage der Stadtverwaltung zu sprechen. Bei der Abstimmung allerdings hat sich die CDU-Fraktion eines anderen besonnen und ebenso wie die übrigen Fraktionen für die Einkellerung dieser Kartoffeln gestimmt.

Höhlenbewohner in Mannheim?

Ja, Sie lesen richtig; es ist kein Schreibfehler! Im R-6-Quadrat befindet sich eine Kellerwohnung unter Trümmern, bestehend aus drei Räumen, in der 12 Menschen (in Worten zwölf Menschen) vegetieren, darunter mehrere Kleinkinder.

Welch freudlose Jugend erlebt solch ein Kleinkind in diesen Kellerräumen, die dumpf, feucht und ohne Licht sind. Hier in diesen Räumen, jeder Zivilisation bar, wo Krankheit auf Krankheit lauert, sollen Menschen Kraft und Erholung finden für den Kampf des Lebens.

Einer Stadt wie Mannheim ist dieser Zustand unwürdig!



Aufn.: Kortokracks L'hafen

Ein Quadrat weiter, in Qu 7, hat sich ein Schreinermeister mit seiner Frau in einer Toreinfahrt eine Behausung zurechtgezimmert. 70 Jahre ist er alt, er selbst hat Hand mit angelegt in seinem arbeitsreichen Leben, um Wohnungen herzurichten und das ist jetzt sein Lebensabend — ist der Abschluß eines fleißigen Handwerkers. Unten Zementboden, auf beiden Seiten eine Bretterverschalung und über ihm einsturzdrohende Mauern. Muß das sein?

Vielen solcher ähnlich wohnenden Menschen könnte geholfen werden, wenn eine oder zwei Kasernen frei gegeben würden, die z. Z. noch von der Besatzungsmacht beschlagnahmt sind. Deshalb wünschen wir im Interesse der Aermsten der Armen, daß folgender Antrag der Kommunistischen Partei in der Stadtratsitzung vom 23. September 1948, welcher die Billigung des Oberbürgermeisters und des gesamten Stadtrats fand, bei der amerikanischen Besatzungsmacht Gehör findet:

„Der Stadtrat beschließt: Die Stadtverwaltung wird ersucht, an die amerikanische Militärregierung mit der Bitte heranzutreten, von den zehn in Mannheim befindlichen Kasernen eine bis zwei freizugeben, damit, bevor der Winter eintritt, die noch in Kellern, Bunkern und einsturzgefährdeten Häusern wohnenden Familien menschenwürdig untergebracht werden können.“

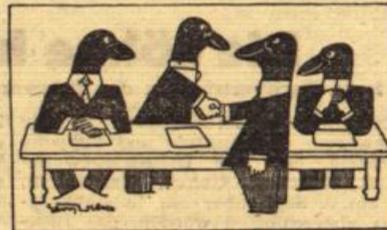
Spruchkammerkomödie um Dr. Fritz Reuther

Der schwerreiche Dr. Fritz Reuther, Mitinhaber der Firma Bopp & Reuther, stand am 22. September vor der Mannheimer Spruchkammer. Es entspricht ganz der gegenwärtigen Entwicklung in Westdeutschland, daß Dr. Fritz Reuther „minderbelastet“ wurde. Dieser Spruch reiht sich ein in die Urteile gegen Schacht, Halder usw. und bestätigt wieder einmal das alte Sprichwort, „die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen“.

Der Betroffene muß 10 Prozent seines Vermögens, aber mindestens 20 000 Mark bezahlen. Die Familie Reuther verfügt über ein Millionenvermögen. Für Dr. Fritz Reuther ist 20 000 Mark ein Pappenstiel. Wir zweifeln nicht daran, daß er mit seinem Finanzgenie schon dafür sorgen wird, daß die 20 000 Mark „ausreichen“ werden.

Der Betrieb Bopp & Reuther ist „rühmlichst“ bekannt durch die Mißhandlungen von Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen während der Nazizeit. Dies ist gerichtsnotarisch belegt. Der Herr Betriebsführer aber wußte von nichts — wie üblich. Während der Nazizeit prangte am großen Kapfen der Firma ein riesiges Hakenkreuz, das der NSDAP-Mann Dr. Fritz Reuther „zur Schutze seiner Belegschaft“ angebracht hat und nicht etwa um damit seine nationalsozialistische Gesinnung zur Schau zu stellen. Die Massenentlassungen von antifaschistischen Arbeitern im Jahre 1933 war wahrscheinlich auch nur zum Schutze dieser Arbeiter durchgeführt worden. Der Betroffene fand in dem Zeugen Dr. Ratzel, der zehn Jahre Schriftleiter beim Hakenkreuzbanner in Mannheim war, einen warmen Verteidiger. Die Spruchkammer gestattete diesem Herrn Ratzel und dem Nazi Dr. Dürr, der ehemals ebenfalls Mitglied der Betriebsleitung Bopp & Reuther war, sich je über eine Stunde lang für ihren Herrn und Meister einzusetzen. Nicht die gleiche Geduld brachte aber die Spruchkammer unter Leitung des

Herrn Dr. Walter gegenüber den Betriebsratsmitgliedern, die durch ihr Verhalten während der Nazizeit gezeigt haben, daß sie wirkliche Antifaschisten sind, auf. Ein Beisitzer, der bekannte Stadtrat Barber von der CDU tat sich dabei besonders hervor. Für ihn sind Anklagen gegen die Nazis „kommunistische Wählreden“.



Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

Ein Hauptbelastungszeuge, ehemaliger Betriebsingenieur von Bopp & Reuther, wurde von dieser „objektiven“ Spruchkammer einfach abgelehnt. Schließlich wäre von dieser „unparteilichen“ nicht anderes zu erwarten, wie der obige Spruch. Dr. Fritz Reuther ist frei und wird sich auch in Zukunft seines riesigen Vermögens auf seinem Gutshof in Bayern erfreuen können.

Gas- und Strompreiserhöhung auf Kosten der Kleinen

Von Stadtrat Gustav Lochner

Die Erhöhung der Gas- und Strompreise wurde von der Stadtverwaltung mit dem Steigen der Kohlen- und Eisenpreise begründet. Vom sozialen Gesichtspunkt aus ist es jedoch unverständlich, warum die Gas- und Strompreise für die Kleinabnehmer bedeutend mehr erhöht werden müssen, als für die Großverbraucher.

Der Gaspreis für den Kleinabnehmer ist um 3 Pfennig erhöht worden. Der Gaspreis für den Großverbraucher dagegen nur um 1,5 bis 1,8 Pfennig. Der Großverbraucher hat an sich schon einen Tarif, der bedeutend niedriger liegt, als der Tarif für die Haushalte.

Durch die Preissteigerung bei der Kohle hat das Mannheimer Gaswerk einen Mehraufwand von 390 000 DM. Auf Grund des neuen Tarifes müssen die Großabnehmer, die rund 7,7 Millionen cbm Gas verbrauchen, 130 000 DM mehr zahlen, die Kleinabnehmer dagegen mit 8,7 Millionen cbm Gas werden mit 260 000 DM mehr belastet.

Bei fast gleichem Verbrauch zahlen die Kleinabnehmer 1/3, die Großabnehmer 1/3 der Mehrkosten.

Beim Strompreis liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch hier müssen die Kleinabnehmer den Löwenanteil an der Kohlen- und Eisenpreissteigerung tragen. Der Strompreis für die Großabnehmer wurde pro kWh (Kilowattstunde) nur um 0,9 Pfennig erhöht. Die Kleinabnehmer aber müssen 2 Pf. pro kWh mehr zahlen. Noch unsozialer ist die Erhöhung der Grundgebühren um 30 Prozent für den Haushaltsondertarif. Bei einer Wohnung mit zwei Räumen muß in diesem Falle die Preisernöhung für 30 kWh bezahlt werden, unabhängig davon, wieviel Strom

verbraucht wird. Die Kohlen- und Eisenpreiserhöhung wird also auch beim Strom hauptsächlich auf die Kleinabnehmer abgewälzt.

Die Großabnehmer zahlen bei einem Verbrauch von 31 Millionen kWh nur 280 000 DM mehr. Die Kleinverbraucher aber zahlen für 16 730 000 kWh 400 000 Mark mehr.

Gas- und Strompreise sind für die Großbezieher an sich schon bedeutend niedriger wie für die Kleinbezieher. Das findet seine Rechtfertigung darin, daß die Stadtwerke bei den zehntausenden Kleinverbrauchern viel mehr Arbeit und Verwaltungstätigkeit brauchen, als bei den Großbeziehern. Die Kohlenpreissteigerung jedoch müßte sich auf Groß- und Kleinverbraucher gleichermaßen auswirken, die Stadtverwaltung hat aber gerade die Haushalte, also die Werktätigen, am meisten belastet, wie wir auf Grund der obigen Zahlen gesehen haben.

Man ist vom Wirtschaftsrat gewohnt, daß er die Großen schützt und die Kleinen belastet. Aber mußte die Stadtverwaltung diesem schlechten Beispiel folgen? Haben wir nicht eine Arbeitermehrheit im Mannheimer Rathaus? Ist man bereit, trotz scheinbarer Opposition alles mitzumachen, was von Frankfurt kommt? Es sind noch einige Preissteigerungen und neue Steuern zu erwarten, bei denen die Kommunalverwaltungen auch etwas mitzureden haben. Wenn der Mannheimer Stadtrat jedoch in dieser Weise fortfährt, kann sich die werktätige Bevölkerung unserer Stadt auf manche Ueberraschung oder vielmehr Enttäuschung gefaßt machen. Trotz Arbeitermehrheit!

KARLSRUHER ECHO

Lohnerhöhung durch Preissteigerung illusorisch Gewerkschaftsführer für Strompreiserhöhung - Die Löhne der Straßenbahner weiterhin ungenügend

O. K. In zwei gutbesuchten Betriebsversammlungen nahmen die Kollegen des Straßenbahnmanes Karlsruhe Kenntnis von dem neuen Lohnstarif. Der Kollege Heil gab den Bericht über den Verlauf der Verhandlungen, die zu einem befriedigenden Ergebnis führten.

In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die neuen Löhne erst dann ihren wahren Sinn erhalten, nämlich die sozialen Verhältnisse der Straßenbahner zu bessern, wenn die hohen Preise herabgesetzt werden und keine Preiserhöhungen mehr stattfinden. Die Straßenbahner haben lange genug warten müssen, bis sie in den Genuß der neuen Löhne gekommen sind und wollen nicht stillschweigend zusehen, wie durch die geplanten neuen Steuern jede Lohnerhöhung zunichte gemacht wird. Der anwesende erste Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes, Flößer, versuchte seine Zustimmung zur Erhöhung der Strompreise als

Stadtrat zu rechtfertigen und konnte es dabei nicht unterlassen, das „Volksecho“ als Revolverblatt zu beschimpfen. Es muß hier deutlich gesagt werden, daß im „Volksecho“ die Zustimmung des Gewerkschaftlers Flößer zur Strompreiserhöhung einer sachlichen Kritik unterzogen wurde. In dem alten Gewerkschaftler Flößer einen gelehrigen Schüler des Herrn Frenzel von Radio Stuttgart in der Bekämpfung eines Arbeiterblattes erkennen zu müssen, ist für jeden organisierten Arbeiter recht bedauerlich.

Mit der Strompreiserhöhung hat es angefangen, die Erhöhung der Gaspreise wird bald folgen. Die Einwohnersteuer, sowie die Gas-, Wasser- und Stromsteuer und die Besteuerung der Benutzung von Straßenbahnen sind in Aussicht gestellt. Das will heißen, daß die neuen Löhne der Straßenbahner dahinschmelzen werden, wie der Schnee in der Sonne.

Und dann? Was wird der Kollege Flößer dazu sagen? Er wird die bittere Erkenntnis bekommen, als Gewerkschaftler einer der ersten gewesen zu sein, der dazu beitrug, den kleinen Energieverbraucher mit Preiserhöhungen belastet zu haben.

Die VVN ist überparteilich

Erklärung des Vorsitzenden von Württemberg-Baden, Schlotterbeck



Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ist der Öffentlichkeit eine Antwort auf verschiedene Fragen schuldig. Im Auftrag meiner nichtkommunistischen Kameraden aus der SPD, DVP und CDU im Sekretariat des Landesverbandes der VVN habe ich diese Antwort öffentlich abzugeben. Meine Kameraden wollen damit, daß ein Kommunist diese Erklärung abgibt, unterstreichen, daß die Wünsche bezüglich der Spaltung der VVN in dieser Organisation bei niemand Anklang finden.

1. Die VVN ist keine kommunistische Organisation. Die Kritiker der VVN sind bisher jeden Beweis ihrer gegenteiligen Behauptung schuldig geblieben. In 31 württemberg-badischen Kreisen gibt es 230 gewählte Kreisaußschußmitglieder. Davon gehören der SPD 50, CDU 10, DVP 6, KPD 72, parteilos sind 55 und bei 37 ist die Parteizugehörigkeit unbekannt. Von den Vorsitzenden der Kreisvereinigungen sind 8 Mitglieder der SPD, 11 der KPD und 12 parteilos. Dem Landesvorstand gehören von 17 Mitgliedern der SPD 5, DVP 1, KPD 7 und 4 parteilose an. Dazu kommt noch je ein Vertreter von 3 Parteien und der Gewerkschaften. Es ist zwar richtig, daß die Kommunistische Partei durch die größere Zahl ihrer Opfer die größte der einzelnen Gruppen ist, die aber — wie man aus den Zahlen ersieht — die VVN nicht majorisieren kann. Sie hat bisher auch noch keinen solchen Versuch unternommen und die Mitglieder dieser Partei befehligen sich, wie im Konzentrationslager, bester kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den Männern anderer Parteien. Darum, daß die Kommunisten die weitaus größten Opfer von allen Parteien im Kampf gegen den Nationalsozialismus brachten, ist der deutsche Widerstand nicht weniger wert.

2. Die VVN ist keine neue Partei! Es gibt auch keine solchen Bestrebungen. Wenn dies trotz wiederholter eindeutiger Erklärungen — und auf das Wort der VVN kann man sich verlassen — trotzdem behauptet wird, so können die Verbreiter solcher Behauptungen von Böswilligkeit nicht freigesprochen werden.

3. Der Landesauschuß der VVN behauptet, daß die sozialdemokratischen Kameraden von ihrer Partei vor die Alternative: SPD oder VVN gestellt wurden. Männer, die 40 Jahre und mehr der sozialdemokratischen Partei angehören, werden damit vor die Verantwortung einer Frage gestellt, die überflüssig, aber schwer und qualvoller ist, als die Mißhandlungen und Leiden in den Konzentrationslagern, denn ein Mann, der gezwungen wird, auf die mit Blut, Kampf, Leiden und Tod besiegelte Kameradschaft des Konzentrationslagers zu verzichten, muß sich wie ein nachträglicher Verräter an seinen Kameraden sehen. Der Landesauschuß hat nach wie vor begründetes Vertrauen zu den der SPD angehörenden Kameraden!

4. Den Bericht, den die nach Berlin entsandte Abordnung der VVN Württemberg-Baden unter Führung des früheren Geschäftsführers der CDU und

jetzigen 1. Vorsitzenden der VVN Kreis Stuttgart, Ketterer, im Sekretariat des Landesverbandes erstattete, besagt, folgendes: Im westlichen Berlin wurden Teilnehmer am Gedenktag für die Opfer des Faschismus von randalierenden Banden ihres VVN-Abzeichens beraubt, niedergeschlagen und mißhandelt — wie seinerzeit von SA und SS! Unter Absingen des Horst-Wessel-Liedes erfolgten die Zusammenstöße am Brandenburger Tor. Es handelt sich also um die gleiche politische Gattung, die bei uns unter dem Stichwort „Kabus“ bekannt ist und von einem amerikanischen Militärgericht zu langjährigen Strafen verurteilt wurde.

5. Die VVN ist entschlossen, den Kampf aufzunehmen, und wenn notwendig, aus ihrer bisher gewährten Zurückhaltung herauszutreten, denn unsere Organisation hat Bestand, bis das Vermächtnis der Toten erfüllt ist, wovon bis heute nicht die Rede sein kann.

6. Die VVN muß jenen Parteien, die jetzt die Einheit der politisch Verfolgten gefährden, sagen, daß sie damit auch die Verantwortung für das Scheitern der Wiedergutmachung an den politisch Verfolgten tragen, denn ohne Einheit der politisch, rassisch und religiös Verfolgten gibt es keine Wiedergutmachung! Zwar ist man bereit, Militärrenten zu zahlen und auch das Projekt für die Wiedergutmachung an entlasteten Nazis liegt bereit — aber

die Wiedergutmachung an den politisch Verfolgten wird planmäßig erschwert und verschleppt. Muß die Militärregierung auch hier wieder eingreifen? Wir wären den politischen Parteien dankbar, wenn sie in dieser Frage — auch wegen des Ansehens des deutschen Volkes in der Welt — eine entschlossene und starke Haltung an den Tag legen würden!

7. Der Landesvorstand der VVN ruft schließlich die Kreisvereine der VVN auf, in öffentlichen Mitgliederversammlungen den politischen Parteien Gelegenheit zu geben, sich von der Überparteilichkeit und Einheit der VVN zu überzeugen. Die deutschen politischen Parteien sollten froh sein, daß es inmitten der deutschen Zerrissenheit noch eine Organisation gibt, die alle Richtungen in ganz Deutschland umfaßt, deren Mitglieder Namenloses um Deutschland litten und damit bewiesen haben, daß sie zu Deutschlands besten Söhnen gehören.

VVN Württemberg-Baden
Der Vorsitzende: (gez.) Schlotterbeck.
Außerordentliche Landeskongress der VVN

Stuttgart. Der Landesauschuß der VVN hat zu dem Parteitagbeschuß der SPD, die Mitglieder könnten nur einer der beiden Organisationen angehören, eine Erwiderung abgegeben und beschlossen, eine außerordentliche Landeskongress einzuberufen. Außerdem sollen alle Parteien aufgefordert werden, der VVN bis zur nächsten Ratstagung der VVN am 16. und 17. Oktober in Eisenach alles Material über unrechtmäßige Verhaftungen usw. zuzuleiten.

Die Löhne hinken nach

Neue Tarifverträge in der Teigwaren- und in der Brauindustrie

Zwischen den Arbeitgebern in der Teigwaren-, Nahrungsmittel- und Suppenindustrie und der Industriegewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, ist am 3. September ein Lohnabkommen abgeschlossen worden, das rückwirkend ab 1. August in Kraft treten soll, sobald die Zustimmung der Militärregierung vorliegt.

Der neue Tarifvertrag tritt an Stelle der noch aus der Nazizeit her geltenden Tarifordnung, wird aber dem gegenwärtigen Preisniveau nicht gerecht. So schwanken die Stundenlöhne für männliche Arbeiter über 21 Jahre zwischen 87 und 115 Pfennigen pro Stunde je nach Ortsklasse und Qualifikation. Die Löhne für Frauen bewegen sich zwischen 50 und 69 Pfennigen. Bei Jugendlichen ist die Bezahlung natürlich entsprechend geringer. Sehr bedenklich ist die Bestimmung im Tarifvertrag, wonach diese neuen Löhne bis 31. 12. nicht gekündigt werden können. Danach erst mit einer sechswöchigen Frist. Die Löhne dieses Tarifvertrages sind durch die Preisentwicklung jetzt schon überholt. Neue Preissteigerungen für so lebenswichtige Artikel wie beispielsweise das Brot sind angekündigt. In einer solchen Situation sollten die Gewerkschaften auf so langfristige Abschlüsse unter keinen Umständen eingehen.

In der Brauindustrie ist ebenfalls vom Verband Nahrung, Genuß, Gaststätten ein neuer Vertrag abgeschlossen worden. Dieser bedarf noch der

Zustimmung des Arbeitsministeriums und der Militärregierung. Der neue Vertrag sieht eine 14prozentige Lohn-erhöhung ab 3. September vor. Für die Zeit vom 21. Juni bis 3. September wird als Ausgleich ein Wochenlohn nachbezahlt.

Bei den Verhandlungen in der Brauindustrie hat sich der Angestelltenverband eingeschaltet mit dem „Erfolg“, daß über eine Erhöhung der Gehälter bis jetzt kein Uebereinkommen erzielt werden konnte. Der Angestelltenverband, dessen unselbiges Bestreben dahingeht, die Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Industriezweigen auseinanderzureißen, hat zwar keine nennenswerten Anhänger in der Industrie-gruppe Nahrung und Genuß, nimmt aber dennoch für sich das Recht in Anspruch, hineinzureden. Wie wir erfahren, sind auf energische Vorstellungen hin, die Unternehmer nunmehr doch bereit, mit dem Industrieverband Nahrung und Genuß über die Angestelltengehälter zu verhandeln.

Noch kein Fortschritt in der Metallindustrie

In der Metallindustrie hat die Industriegewerkschaft Metall Lohnforderungen zum Ausgleich für die nach der Währungsreform eingetretene Preis-erhöhung verlangt. Das Hin und Her der Verhandlungen ist nunmehr schon mehrere Wochen im Gange. In der Zwischenzeit sind die Preise weiter gestiegen. Die Unternehmer haben sich bisher unzugänglich gezeigt, teils mit der Argumentation, daß die Preise ja wieder fallen könnten. Das Interesse der Metallarbeiter gebietet, daß der Industrieverband Metall hinter seine mehr wie berechtigte Forderung auch den nötigen Druck setzt.

Aufhebung des Lohnstops

Frankfurt. (dPd.) Ein Sprecher des Verwaltungsrates gab bekannt, daß der Verwaltungsrat einem Gesetzentwurf über die Aufhebung des Lohnstops zugestimmt hat. Danach sollen alle bisherigen Bestimmungen, die einen Lohnstopp vorsehen, außer Kraft gesetzt werden. Für die Zwischenzeit ist eine Uebergangslösung vorgesehen.

Preissteigerung bis 272 %

Die Preise für Nahrungsmittel in der Doppelzone haben sich nach Berechnungen des statistischen Amtes der Doppelzone gegenüber dem Jahre 1938 beträchtlich erhöht. So beträgt die Preissteigerung für Eier 232 Prozent, für Kartoffeln 83,1 Prozent, für Butter 68,8 Prozent. Bei der Industrie ist die Preissteigerung noch stärker. Gegenüber 1938 haben sich die Preise für Baumwolle um 272 Prozent, für Kalbfelle um 202 Prozent und für Leinengarn um 159 Prozent erhöht.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Wochenende der Jugend

„Friede und Freude“. Unter diesem Motto stand das Wochenende der Mannheimer Jugend am vergangenen Samstag und Sonntag und den Auftakt dazu bildete die Kundgebung für den Frieden im Ufa-Palast.

Was erwartete die Mannheimer Jugend von dieser Kundgebung, in der auch einige ausländische Gäste das Wort ergreifen sollten? Doch zum Mindesten ein machtvolles Bekenntnis zum Frieden. Dieses Bekenntnis fiel ziemlich zurückhaltend aus. Der Frieden genierte sich sozusagen persönlich zu erscheinen. Man kann ihm dies auch keinesfalls für übel nehmen. Denn wenn wir Frieden sagen, denken wir an die ganze Menschheit, an die ganze Welt. Und bei dieser Veranstaltung kam nur eine Hälfte der Welt zu Worte — die westliche. Haben die Veranstalter geglaubt, daß dieser Teil der Welt den Frieden allein gepachtet hat und haben sie vergessen, daß es in der östlichen Hälfte unseres eigenen Vaterlandes auch junge Menschen gibt, die den Frieden ebenso heiß ersehnen wie wir. Können sie es vor der Jugend und vor allen Menschen verantworten, daß sie die Millionen Hände zurückgestoßen haben, die uns vertrauensvoll aus dem Osten und Südosten Europas erreicht werden. Nein, einem solchen Frieden schenken wir unser Vertrauen nicht.

Und was erwartete die Mannheimer Jugend von ihren Gästen aus dem Westen? Vor allem Vertrauen. Statt dessen bekamen wir Ermahnungen. Und was gesprochen wurde, ließ uns aufhorchen. Wir waren mit unseren Gästen einig über die Notwendigkeit des Friedens. Aber wir wählen andere Wege, um ihn zu erreichen. Einige grundsätzliche Forderungen stellte ein Gast an uns, die wir, die Jugend, erfüllen müßten, um den Frieden zu gewinnen. Wir wollen die Antwort nicht schuldig bleiben. Die unbedingte Achtung vor der Freiheit des Geistes wurde von uns gefordert. Wir antworten, daß wir nicht nur Achtung vor dieser Freiheit haben, sondern sie auch überall und jederzeit verteidigen. Aber wir wissen auch, daß diese Freiheit für uns erst zur Realität wird, wenn wir von ihren Feinden, der Not, der Sorge um unsere Existenz und dem grausamen, aufreibenden Kampf um die notwendigsten Bedürfnisse unseres Lebens befreit werden. Denn wir wollen die Freiheit nicht nur für andere, sondern auch für uns selbst und ohne Freiheit vor den drückendsten materiellen Sorgen, bleibt die Freiheit des Geistes Fragment. Der Gast forderte weiter von uns: „Laßt euren Nachbarn in Frieden Reichtum erwerben. Euer Nachbar soll diesen dann benutzen zum Wohl aller Menschen.“ Wir aber fragen alle Schaffenden: „Wo ist der Mensch in unserer Gegenwart, in unserer Vergangenheit, der sich durch die ehrliche Arbeit des Alltags und ohne die Gemeinschaft zu schädigen seinen Reichtum erworben hat. Und wo ist der Mensch, der nicht Mißbrauch getrieben hätte mit seinen Millionen?“ Wir verzichten in der Welt, die wir Jungen uns aufbauen wollen, auf diese Menschen und wir verzichten auf ihre Wohltaten, wenn es nur Tropfen ihres Reichtums sind, Tropfen unseres eigenen Schweißes, mit dem sie uns die brennende Stirn kühlen wollen. Wir brauchen keine Menschen, die für uns Reichtümer sammeln, sondern wir glauben, daß wir die Reichtümer, die wir schaffen, selbst verwalten können.

Das ist unsere Auffassung vom Frieden, das ist unsere Auffassung von der Freiheit und wir nehmen uns gleich die Freiheit zu glauben, daß diese Auffassung die richtige ist. Nicht für alle. Für uns — die schaffende Jugend.

Ein junger Mensch für die fortschrittliche Jugend unserer Stadt.

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10 (z. Z. in Urlaub, i. V. Gräse, S. 3, 10), Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Vertriebs: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.

Sport der Woche

Der Deutsche Meister 4:1 geschlagen — Mageres Ergebnis für Mannheim

Süddeutsche Oberliga

VfR Mannheim — Stuttg. Kickers	1:1
VfB Mühlburg — SV Waldhof	1:1
Ulm 46 — 1860 München	0:1
VfB Stuttgart — Eintr. Frankfurt	1:1
Kickers Offenbach — 1. FC Nürnberg	4:1
Bayern München — Schw. Augsburg	3:0
FC Augsburg — 05 Schweinfurt	2:1
FSV Frankfurt — Rödellheim	1:0

Badische Landesliga

VfL Neckarau — SV Schwetzingen	3:0
ASV Durlach — ASV Feudenheim	4:0
Germ. Brötzingen — Phö. Karlsruhe	3:2
1. FC Pforzheim — Amicitia Viernh.	6:0
TSG Rohrbach — VfB Knielingen	2:2
Spvgg. Sandhofen — VfR Pforzheim	0:3

Der deutsche Meister scheint sich noch nicht gefunden zu haben und verlor in Offenbach überraschend hoch mit 4:1. — Der VfR Mannheim konnte zum Schluß noch froh sein, einen Punkt gegen die Stuttgarter Kickers zu erringen. Schuld an seinem schwachen Spiel trug eine wenig glückliche Mannschaftsaufstellung. — In Mühlburg kam es zur erwarteten Punkte-teilung. — In den übrigen Spielen gab es nur knappe Ergebnisse ohne besondere Ueberraschungen. — Das kommende Wochenende bringt die Begeg-